

Statement Birte Kötter

Vorstandssprecherin terre des hommes

Pressekonferenz zur Vorstellung des Kompass 2020

15. Mai 2020

Die Corona-Krise und ihre Folgen für Kinder in armen Ländern

Für uns in Europa ist die Atemschutzmaske das Gesicht der Corona-Krise - für **Millionen Kinder hat die Corona-Krise das Gesicht von Hunger, Armut und dem Ende von Bildungschancen**. Die Pandemie und die sozioökonomischen Folgen verschärfen die Situation der ärmsten und benachteiligten Kinder.

Bereits vor der Corona-Krise waren Kinder überproportional von Armut betroffen: **Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren machen ein Drittel der Weltbevölkerung aus, aber 48 Prozent der Armen weltweit sind Kinder**. In vielen Entwicklungsländern sind **zwischen 50 und 90 Prozent der Bevölkerung jünger als 25 Jahre** - sie sollten eine Hauptzielgruppe von Entwicklungszusammenarbeit sein.

386 Millionen Kinder leben bereits in extremer Armut. Die UN warnt davor, dass in Folge der Corona-Krise **weitere 66 Millionen Kinder von extremer Armut bedroht** sind:

- Zurzeit können ca. 1,3 Milliarden Schülerinnen und Schüler in Folge der Maßnahmen gegen das Virus keine Schule besuchen. Akut tragen die **Schulschließungen zu Mangelernährung und Hunger** bei, denn durch den Wegfall von Schulspeisungen verlieren viele Kinder die wichtigste, oft einzige Mahlzeit am Tag: Laut Angaben des Welternährungsprogramms sind davon im Moment mindestens **365 Millionen Kinder** betroffen.
- Es steht zu befürchten, dass in ärmeren Ländern viele Mädchen und Jungen den **Anschluss an Bildung komplett verlieren** und gar nicht mehr in die Schule zurückkehren werden. Das hätte weitreichende negative Konsequenzen für die persönliche Entwicklung, die Chance auf Arbeit und Existenz sichernde Einkommen - und damit auf das Armutsrisiko. Bereits vor der Corona-Krise konnten weltweit 263 Millionen Mädchen und Jungen keine Schule besuchen.
- Schulen und Einrichtungen fallen im Moment auch in ihrer Funktion als **Frühwarnsysteme für Gewalt gegen Kinder aus**. Wir befürchten, dass Kinder stärker häuslicher Gewalt und sexuellem Missbrauch ausgesetzt sind.
- In Entwicklungs- und Schwellenländern mit schwachen Gesundheitssystemen haben die ärmsten und am stärksten benachteiligten Kinder **keinen Zugang zu medizinischer Grundversorgung**. Die UN sprechen bereits von einer **Impfkrise**: In 23 Ländern sind Impfkampagnen für 78 Millionen Kinder abgesagt. Wichtige Versorgung etwa von Schwangeren und jungen Müttern mit Babys finden zurzeit nicht statt.

- In Ländern und Regionen, in denen Konflikte herrschen, ist die Situation besonders gravierend. So haben in Afghanistan nur 30 Prozent der Bevölkerung Zugang zu Gesundheitseinrichtungen. Frontlinien und Kämpfe machen die Versorgung unmöglich. Heute **leben 415 Millionen Kinder weltweit in Krisengebieten, 35 Millionen Kinder sind auf der Flucht oder wurden vertrieben.**

Angesichts der globalen Krise muss die deutsche Entwicklungszusammenarbeit dringend **die Belange von Kindern mitdenken und Maßnahmen für Kinder durchführen.** Auch perspektivisch muss Entwicklungszusammenarbeit **Kinder und junge Menschen stärker berücksichtigen.** Besonders **wirksam sind Investitionen in die grundlegende Versorgung** - die Krise macht uns allen erneut deutlich, wie wichtig solche grundlegende Infrastruktur für Kinder, aber auch für das Funktionieren der Gesellschaft sind: Gesundheitsstationen, Schulen und Kindergärten, in denen es gesunde und kostenlose Schulspeisungen gibt, Schutzprogramme, um Kinder vor Gewalt zu schützen, Zeit und Raum zum Spielen. Mädchen und Jungen aller Altersgruppen brauchen Hilfe, um mit den psychologischen Auswirkungen der Krise umgehen zu können.

Forderungen an das BMZ:

1. Nachsteuern und besondere Bedürfnisse von Kinder berücksichtigen

Es ist richtig, dass das BMZ als ersten Schritt ein Sofortprogramm zur Unterstützung von Entwicklungsländern in der Corona-Pandemie auflegt. Das **BMZ Maßnahmenpaket benennt jedoch bisher so gut wie keine spezifischen Maßnahmen für Kinder.** Zwar plant das BMZ im Bereich der Ernährungssicherung die Verteilung von Lebensmitteln an Kinder als Ersatz für ausgefallenes Schulkantinen-Essen - allerdings nicht als Teil des zur Verfügung stehenden Etats für 2020, sondern unter der Kategorie zusätzlichen Mehrbedarfs, der noch gar nicht gesichert ist. Die Bundesregierung muss hier **dringend nachsteuern und die besondere Situation von Kindern berücksichtigen.**

2. Blick auf die sozialen Folgen der Pandemie richten

Um der akuten globalen Bildungskrise zu begegnen und langfristige Konsequenzen abzufangen, muss die **Förderung der Bildung und besonders der Grundbildung** für alle Kinder ein zentraler Aspekt der unmittelbaren Corona-Maßnahmen sowie der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit sein. Bisher macht **die Förderung von Grundbildung nicht einmal ein Prozent der ODA** aus. Im Zeichen der Corona-Krise sollte die multilaterale Kooperation über die *Global Partnership for Education (GPE)* und *Education Cannot Wait (ECW)* verstärkt gefördert und über die bereits zugesagten Mittel hinaus finanziert werden. Das würde den Partnerländern eine sichere Gegenfinanzierung ihrer Bildungsinfrastruktur sichern

und die Implementierung wichtiger Maßnahmen zur Minderung der Bildungskrise ermöglichen.

Die Förderung von Bildung wirkt auch der Ausbeutung von Kindern entgegen. Zusätzlich sind Programme zum Schutz der ärmsten und benachteiligten Kinder notwendig - etwa Kinder, die Minderheiten angehören oder auf der Straße leben oder auf der Flucht sind. Sie müssen vor Kinderhandel, Ausbeutung, Obdachlosigkeit und Hunger geschützt werden. Wir befürchten einen rapiden Anstieg von Kinderarbeit, Kinderehen und einen Anstieg der Zahl verlassener und obdachloser Kinder. Das BMZ sollte **konkrete Maßnahmen für den Schutz von Kindern vor Ausbeutung und Gewalt** fördern, etwa Kinderschutzmechanismen und Jugendhilfe in Partnerländern, mit denen die ärmsten und benachteiligten Kinder erreicht werden können. Dort, wo Regierungen ihre Corona-Krisenmaßnahmen zum Anlass nehmen, bestimmte Bevölkerungsgruppen zu diskriminieren und demokratische Beteiligungsrechte der Zivilgesellschaft zu verweigern, sollte die **Bundesregierung auf internationaler Ebene auf die Wahrung von Menschenrechten drängen.**